

**Ausführungen von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, vor
dem Europäischen Rat
15. Dezember 2022**

Dies war eine schwierige Woche in Brüssel. Die Informationen, die wir von den belgischen Behörden erhalten haben, deuten darauf hin, dass es ernsthafte Verdachtsmomente gegen Personen gibt, die mit autokratischen Regierungen in Verbindung stehen und in einer unerlaubten Weise Einfluss nehmen, die vermutlich darauf abzielt, Kontrolle über unsere Verfahren zu erlangen.

Wir haben eng mit den belgischen Behörden zusammengearbeitet, denen ich äußerst dankbar bin. Man beabsichtigte, unsere Verfahren zu untergraben. Dies konnte verhindert werden. Die Verdächtigen wurden festgenommen, verhört und angeklagt – so, wie es sein sollte.

Zwar können wir immer versuchen, die Abschreckungsmaßnahmen zu stärken und die Transparenz zu erhöhen – und ich werde einen entschlossenen Reformprozess auf den Weg bringen –, doch es wird immer einige geben, die für eine Tasche voller Geld keine Risiken scheuen. Es ist entscheidend, dass diese Menschen verstehen, dass sie erwischt werden. Dass es Konsequenzen geben wird. Dass unsere Dienststellen ihre Arbeit tun und dass sie die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

Das ist Rechtsstaatlichkeit. So lautet unsere Antwort, und so stellen wir das Vertrauen wieder her.

Bekanntlich braucht es Jahre, um Vertrauen aufzubauen, aber nur wenige Augenblicke, um es zu zerstören. Und diese Frage des Vertrauens bringt mich auch zurück zur Debatte um den Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens.

Es war so enttäuschend zu sehen, wie der Rat in der vergangenen Woche die Hoffnungen von Millionen Europäern zerstreute, indem er sich dafür entschied, den Beitritt dieser beiden Länder ein weiteres Mal hinauszuzögern.

Mit Ausnahme der Öffnung der Binnengrenzen sind Rumänien und Bulgarien dazu verpflichtet, den Schengen-Besitzstand vollständig zu übernehmen. Wie andere Schengen-Mitgliedstaaten auch, tragen sie die volle Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität der Außengrenzen des Schengenraums, ohne jedoch von dessen Vorteilen zu profitieren.

Bulgarien und Rumänien haben ihren jeweiligen Schengen-Evaluierungsprozess 2011 erfolgreich durchlaufen. Das ist mittlerweile über 11 Jahre her.

Das ist eine zu lange Zeit. Es gibt eine historische Gelegenheit, dies zu berichtigen – wenn wir jetzt handeln.

Klaus Iohannis sprach einmal von den Grenzen, die wir im Bewusstsein der Menschen errichten und davon, dass es viel länger braucht, um diese abzubauen. Er hatte Recht. Wir sind eine Union, die auf eine stolze Geschichte zurückblicken kann, in der Mauern niedergerissen und Menschen zusammengeführt wurden. Dies können wir abermals tun, wenn wir den Mut aufbringen, politische Entscheidungen zu treffen, die für den Aufbau Europas in unserer Generation prägend sind.

Wir können in Zeiten, die schwieriger werden, etwas bewirken. Die Menschen sind seit nahezu 300 Tagen mit dem Krieg in der Ukraine, steigender Inflation, instabilen Energiepreisen, einer angeschlagenen Industrie und schmerzhaften Haushaltskosten konfrontiert.

Um den sozioökonomischen Ausfall zu bewältigen, müssen wir wieder Wachstum generieren und uns auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas und unsere Rolle als globaler Akteur konzentrieren.

Dies gilt auch für unsere transatlantischen Beziehungen. Das US-Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate ist einerseits ein Versuch, die Energiewende mit der Energieversorgungssicherheit in Einklang zu bringen, und andererseits ein Zeichen für einen schleichenden Protektionismus. Mit diesem Gesetz werden in der EU hergestellte Elektrofahrzeuge unverhohlen benachteiligt und die transatlantische Zusammenarbeit bei kritischen Mineralien und der Batterieproduktion wird erschwert.

Ich hoffe, dass Handelsstreitigkeiten vermieden werden können und dass dieses protektionistische US-Gesetz stattdessen eine Plattform für eine weitere Führungsrolle der USA und der EU in den Bereichen Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit bieten und für Zusammenarbeit bei der Festlegung gemeinsamer Standards sorgen wird. Die Bekämpfung des Klimawandels sollte gemeinsam und nicht auf Kosten der industriellen Basis der jeweils anderen Seite erfolgen.

Die EU sollte versuchen, sich weltweit Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, indem sie an ihren demokratischen Werten festhält und ihre Klimaschutzagenda weiterverfolgt. Wir sollten weiterhin darauf bestehen, dass unser Vorgehen funktionieren kann.

Mich ermutigen die positiven Signale, die von der dritten Ministertagung des Handels- und Technologierats ausgehen. Es ist uns gelungen, die Gespräche voranzubringen. Gegen diskriminierende Bestimmungen muss im größtmöglichen Umfang vorgegangen werden.

Dies gilt beispielsweise beim Thema Elektrofahrzeuge. Wir müssen nunmehr die Dynamik aufrechterhalten. Deswegen wurde die hochrangige Taskforce zum Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate eingerichtet. Uns bleibt nicht viel Zeit.

Wir fordern Fairness, weiter nichts. Auch die EU subventioniert Hersteller von Elektrofahrzeugen, ohne jedoch dabei andere zu benachteiligen. Im Gegenzug erwarten wir von den USA dasselbe.

Die EU sollte sich nicht auf unsicheres Terrain begeben, um einen protektionistischen Wettlauf für sich zu entscheiden.

Wir müssen die öffentlichen Investitionen in Europa beschleunigen, um mittelfristig eine Brücke für konkrete europäische Lösungen zu schlagen. Dafür brauchen wir jedoch faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt und weltweit. Unser Grüner Deal muss eine Wachstumsstrategie sein.

Wachstum wird sich auch aus der Reform unseres Energiemarkts ergeben. Wir müssen ihn zukunftsorientiert gestalten. Und das müssen wir gemeinsam tun. Wir müssen dafür sorgen, dass er funktioniert, sonst werden wir uns weiterhin gegenseitig überbieten.

Wir werden weiterhin Maßnahmen unterstützen, um die Befüllung von Gasspeichern für den nächsten Winter zu erleichtern. Wir werden auch künftig den gemeinsamen Erwerb von Vorräten unterstützen. Und wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren.

Wir müssen einen soliden Regulierungsrahmen für die Zukunft schaffen. Bereits bei der laufenden Überarbeitung der EU-Gasverordnung werden unsere Vorschriften an die Nachfrage im Handel und den Transport von grünem Wasserstoff angepasst. Die Überarbeitung unseres Strommarkts wird für Anfang nächsten Jahres erwartet. Und ich kann Ihnen versichern, dass das Parlament bereit ist, einen Beitrag zu leisten, um unsere Energie-Resilienz gemeinsam aufzubauen.

Das Parlament ist und bleibt ein Partner bei den Gesprächen. Der im Mai vorgestellte RePowerEU-Plan wird in die Tat umgesetzt. Erst gestern wurde – wie versprochen noch vor Weihnachten – eine Einigung erzielt. Bei Bedarf können wir schnell handeln, was wir auch unter Beweis gestellt haben.

Je länger die Energiekrise andauert, desto weniger lässt sich der Rückgriff auf Artikel 122 als Rechtsgrundlage für Maßnahmen rechtfertigen.

Die meisten Vorschläge der Kommission haben systemische Auswirkungen, und genau das brauchen wir. Das Parlament muss jedoch einbezogen werden.

Beispielsweise in die Diskussion über die Preisobergrenze – diese wird seit Monaten geführt, und das Parlament könnte einen enormen Mehrwert erbringen. Wir müssen zusammenarbeiten.

Das BIP-Wachstum im Euro-Währungsgebiet hat sich in diesem letzten Quartal verlangsamt. Wir gehen von einer weiteren Verlangsamung aus. Und ein kurzfristiger Produktionsrückgang scheint wahrscheinlich. 2023 wird ein schwieriges Jahr werden. Aber unsere wirtschaftlichen Grundlagen sind stark, und wir haben in diesem Jahr viel besser abgeschnitten als erwartet.

Insgesamt müssen wir von einer Fiskalpolitik Abstand nehmen, die die Inflation anheizt und die Schwächsten am härtesten trifft. Das heißt nicht, dass es keinen Spielraum für eine größere Flexibilität in einigen Bereichen gibt, aber es muss ein Gleichgewicht gewahrt werden.

Der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU muss überarbeitet werden. Für eine nachhaltige Fiskalpolitik ist ein geeigneter und glaubwürdiger Rahmen erforderlich. Es freut mich, dass die Kommission darüber eine Debatte mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament einleitet.

Aber wir müssen schnell vorankommen. Dies muss 2023 geschehen.

Außerdem werden wir im Jahr 2023 der Ukraine noch stärker beistehen müssen. Sie wird sich wieder an uns wenden, um politische, humanitäre, militärische, energiebezogene und finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Ermüdung einstellt – das ist es, was sich Russland erhofft. Es will unsere Systeme und unsere Geduld strapazieren. Wir müssen die gleiche Resilienz an den Tag legen, die wir von den Ukrainern gefordert haben.

Wir müssen unsere nächste Sanktionsrunde abschließen und dafür sorgen, dass noch bestehende Schlupflöcher geschlossen werden.

Gestern haben wir unseren Sacharow-Preis an das ukrainische Volk, vertreten durch Präsident Selenskyj, verliehen. Seine Worte überzeugten uns – als ob es noch eines Beweises bedurft hätte – von der Entschlossenheit und dem Mut der Ukraine. Und ich habe die Fortschritte gelobt, die die Ukraine bei der Umsetzung der sieben Empfehlungen der Europäischen Kommission mit Blick auf den Antrag des Landes auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union erzielt.

Wir können und werden die Menschen in der Ukraine weiterhin unterstützen.

Abschließend möchte ich Ihnen, Petr, für den tschechischen Ratsvorsitz danken und dafür dass Sie uns in den vergangenen Monaten durch eine herausfordernde Zeit geleitet haben und dass eine lange Liste schwieriger Dossiers abgeschlossen werden konnte.

Ich begrüße sehr, dass Schweden den bevorstehenden den Ratsvorsitz übernimmt, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, lieber Ulf.

Unsere Last wiegt immer noch schwer.

Und jedes Mal, wenn wir uns treffen, scheint sie schwerer zu werden. Aber ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam das haben, was wir brauchen, um unsere Differenzen zu überwinden und die Europäische Union voranzubringen.

Vielen Dank!